



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
80524 München

Präsidentin
des Bayer. Landtags
Frau Barbara Stamm, MdL
Maximilianeum
81627 München

Bayern.
Die Zukunft.

**Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom
29.05.2017 betreffend Selbstverbrennung auf dem Münchner Marienplatz:
Politischer Hintergrund?**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz wie folgt:

zu Frage 1.: Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über eine mögliche politische Motivation der Selbstverbrennung auf dem Münchner Marienplatz?

zu Frage 2.1: Welche Hinweise auf die Begründung der Selbstverbrennung wurden (online wie offline) gefunden?

Die Fragen 1. und 2.1 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Eine abschließende Bewertung der Motivation ist der Staatsregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Ermittlungen auf Grund noch ausstehender Datenauswertungen nicht möglich.

zu Frage 2.2: Inwiefern liegen Erkenntnisse dazu vor, dass die Selbstverbrennungen (online wie offline) in Gruppenzusammenhängen angekündigt oder geplant wurde?

Aktuell liegen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor.

zu Frage 3.1: Wurden im Rahmen der Ermittlungen Hinweise darauf gefunden, dass der Verstorbene rechtsextremistisches bzw. rassistisches Gedankengut teilte?

Die bisherigen Ermittlungen ergaben keine entsprechenden Hinweise. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

zu Frage 3.2: Falls ja, welche (bitte detailliert auflisten)?

Entfällt.

zu Frage 4.1: Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen des Verstorbenen zur rechtsextremen Szene, insbesondere zu den neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“, der NPD oder dem mittlerweile verbotenen Neonazi-Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“?

zu Frage 4.2: Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen des Verstorbenen zu den bayerischen PEGIDA-Ablegern in München, Nürnberg und Würzburg?

zu Frage 4.3: Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen des Verstorbenen zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) – insbesondere zum bayerischen AfD-Landesverband?

Die Fragen 4.1, 4.2 und 4.3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Der Staatsregierung liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor.

zu Frage 5.1: Wurde gegen den Verstorbenen in der Vergangenheit aufgrund rechtsextrem motivierter Straftaten ermittelt?

Nein.

zu Frage 5.2: Falls ja, wie oft und wegen welcher Straftatbestände (bitte unter Angabe des Datums, einer jeweils kurzen anonymisierten Sachverhaltsdarstellung und unter Aufschlüsselung der jeweiligen Straftatbestände auflisten)?

Entfällt.

zu Frage 5.3: Falls ja, wie sind diese Ermittlungsverfahren jeweils beendet worden (aufgeschlüsselt nach Einstellung des Verfahrens unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes, Anklageerhebung, Verurteilung, andauernde Ermittlungen)?

Entfällt.

zu Frage 6.1: Stand der Verstorbene unter der Beobachtung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz?

Nein.

zu Frage 6.2: Falls ja, seit wann und aus welchem Grund?

Entfällt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Eck
Staatssekretär